



Hauptausschuß

29. Sitzung (nicht öffentlich)

18. September 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.40 Uhr

Vorsitz: Klaus Matthiesen (SPD)

Stenograph: Otto Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Wahl von Herrn Finanzminister Heinz Schleußer in den Aufsichtsrat der Thyssen-Krupp-Stahl AG

Genehmigung gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Landesverfassung

Mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU stimmt der Hauptausschuß der Wahl des Herrn Finanzministers Heinz Schleußer in den Aufsichtsrat der Thyssen-Krupp-Stahl AG zu.

(Diskussionsprotokoll Seite 1)

2 Europäisches Zentrum für Medienkompetenz in Marl

Der Ausschuß beschäftigt sich mit der Frage des Gehalts des Geschäftsführers des EZfM.

(Diskussionsprotokoll Seite 3)

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2400

Der Ausschuß nimmt die Einführungsberichte für die ihn tangierenden Bereiche des Haushaltsplanentwurfs 1998 entgegen:

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung (Kapitel 05 730)

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr (Kapitel 08 035)

Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

Einzelplan 01 - Landtag

(Siehe dazu das Diskussionsprotokoll, Seite 15)

Der Ausschuß kommt schließlich noch einvernehmlich überein, Anfang nächsten Jahres an einem Tag das EZfM und radio NRW zu besuchen.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2400

Der Ausschuß nimmt die Einführungsberichte für die ihn tangierenden Bereiche des Haushaltsplanentwurfs 1998 entgegen.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

StS Frohn (StK) führt aus, setzte man das finanzielle Volumen für den Entwurf des gesamten Landeshaushalts 1998 mit der Fläche des Landes gleich, dann entspräche der Etatentwurf für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten etwas mehr als der Fläche seiner, Frohns, Heimatstadt, nämlich Gevelsberg, einer der kleinsten Städte des Landes. Der Entwurf des Einzelplans 02 umfasse 0,125 % des Gesamtvolumens des Haushalts.

Die Ausgaben des Einzelplans 02 verminderten sich bereits im sechsten Jahr in Folge auf nunmehr 114,2 Millionen DM, 1998 gegenüber 1997 um weitere 900 000 DM; das sei eine Reduzierung um 0,8 %. Seit 1992 sei das Ausgabenvolumen dieses Einzelplans damit um 38 % zurückgeführt worden.

Teile man den Einzelplan 02 in einzelne Geschäftsbereiche ein, so könne man sagen, daß sich die Ausgaben prozentual wie folgt verteilen: Im Stammhaus würden 49 % verbraucht, als allgemeine Bewilligungen 9 %, im internationalen Bereich 19 %, im nachgeordneten Bereich 19 % und für die Versorgung der Beamten 4 %.

Im Personalsektor baue man auch 1998 weitere Stellen ab: fünf Stellen für Angestellte und zwei Stellen für beamtete Hilfskräfte. Der gesamte Einzelplan verfüge über 442 Stellen. Davon entfielen auf die Staatskanzlei einschließlich der zentralen Dienste Fahrdienst, Druckerei und Poststelle 372 Stellen, auf das Wissenschaftszentrum 12 Stellen, auf das Kulturwissenschaftliche Institut 24 Stellen und auf das Institut "Arbeit und Technik" 34 Stellen.

Man verändere mit diesem Haushalt auch die Stellenstruktur beim KWI: Es würden Stellen für C-4-Professoren/Professorinnen in Angestelltenstellen umgewandelt. Darüber hinaus würden drei Stellen BAT I b/II a in Geld umgewandelt, damit zusätzliche Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler für die Arbeit in den Studiengruppen des Instituts beschäftigt werden könnten. Beim IAT würden die in den vergangenen Jahren ausgebrachten zwei kw-Vermerke realisiert. Daher fielen im Haushaltsjahr 1998 eine BAT-Ib- und eine BAT-IVc-

Stelle weg. Sowohl beim KWI als auch beim Wissenschaftszentrum sei für 1998 je ein neuer pauschaler kw-Vermerk ausgebracht.

Im letzten Jahr habe er über die Überlegungen berichtet, auch die Staatskanzlei einer Untersuchung durch eine Unternehmensberatungsgesellschaft zu unterziehen. Diese Untersuchung sei seit Juli dieses Jahres im Gange, um die Optimierungspotentiale der Aufgabenwahrnehmung in der Staatskanzlei festzustellen. Er hoffe, daß man im Frühjahr 1998 über Ergebnisse werde berichten können.

Die internationale Zusammenarbeit sei der einzige weitgehend disponible Bereich der Staatskanzlei. Man habe sich entscheiden müssen, die Ansätze in diesem Kapitel um ein Viertel zurückzunehmen. Sonst hätte bei den normalen Tarif- und Entgeltsteigerungen, die im letzten Jahr bei etwa 1,7 % gelegen hätten, ein Abschluß mit minus 0,8 % für den Einzelplan nicht erreicht werden können.

Trotzdem - das erfahre man immer wieder auch durch Anfragen aus anderen Ländern der Bundesrepublik - sei man noch eines der aktivsten Länder in diesem Bereich. Das solle auch im Jahre 1998 so bleiben. Es sei im wohlverstandenen Interesse aller, wenn man da, wo man die Arbeit begonnen habe, sie auch fortsetze und nicht abbreche. Das gehe aber nur mit einer Konzentration der Kräfte auf die Bereiche, in denen man bereits tätig sei.

Das betreffe in den Partnerregionen Nordrhein-Westfalens folgende Projekte: in Polen in den Regionen Kattowitz, Oppeln und Krakau die Hilfe bei der Unterrichtung in deutscher Sprache sowie bei der Beratung in den Feldern Abfallwirtschaft, Energieeinsparung, Flächenrecycling, Raum- und Regionalplanung, in Tschechien in Nordböhmen/Nordmähren bei der Umstrukturierung der Montanindustrie mit einem Entwicklungskonzept für die Region Ostrava und mit Lehrern, die die deutsche Sprache unterrichteten, in der Russischen Föderation in Nischni Nowgorod, wo es ein unternehmerisches Interesse aus Nordrhein-Westfalen gebe, und im Bereich Kostroma, wo man ein Aus- und Weiterbildungszentrum für metallverarbeitende Berufe unterhalte, das auf Dauer in die Selbständigkeit entlassen werden solle, in Weißrußland - Brest und Minsk - bei der Errichtung einer Wirtschaftszone - jeder erinnere sich im übrigen an das Engagement, das Herr Minister Schnoor im Zusammenhang mit der Kinderchirurgie in Minsk eingesetzt habe, und an die internationale Begegnungsstätte - und im Baltikum, vor allen Dingen in Lettland, bei der Aus- und Fortbildung im landwirtschaftlichen Bereich neben humanitären Maßnahmen.

Besonders stolz sei man auf die 1998 begonnenen und jetzt zum Teil selbst lauffähigen Projekte in Westrumänien sowohl im sozial-karitativen Bereich als auch im landwirtschaftlichen Bereich, aber auch auf die Unterstützung von drei Wirtschaftsförderungsagenturen.

Man werde auch im Jahre 1998 in Bosnien das Projekt "Frauen in Not" fortsetzen.

Ein besonderer Schwerpunkt werde aus historischen Gründen die Zusammenarbeit mit Israel und den autonomen palästinensischen Gebieten bilden. Das habe damit zu tun, daß im nächsten Jahr das 50jährige Jubiläum der Gründung des Staates Israel gefeiert werde. Außerdem werde des 60. Jahrestags der Reichspogromnacht zu gedenken sein. Unter den Ländern sei vereinbart worden, aus den beiden genannten Gründen im nächsten Jahr in den Beziehungen zu Israel einen besonderen Schwerpunkt zu setzen.

Neu ausgebracht worden sei im Kapitel 02 030 - nicht als neuer Fördertatbestand, sondern wegen der besseren Haushaltstransparenz - ein Titel "Zuschüsse für Projekte ziviler Konfliktbearbeitung im Ausland". Entsprechende Maßnahmen seien bisher aus einem anderen Titel finanziert worden. Dieses Projekt solle helfen, Personal von Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen, die bereit seien, in Konfliktgebiete zu gehen, zu finanzieren und das Wiederheimischmachen von Menschen in solchen Konfliktgebieten zu ermöglichen.

Was die Institute des Wissenschaftszentrums angehe, wolle er die Gelegenheit wahrnehmen, sich auch im Namen des Präsidenten des KWI dafür zu bedanken, daß mit dem Nachtragshaushalt das Gebäude der STEAG in Essen habe erworben werden können. Man sei besonders stolz darauf, daß das Kulturwissenschaftliche Institut durch Hilfe der Stadt Essen nun nicht mehr die postalische Anschrift Bismarck-, sondern Goethestraße habe.

Abgeschlossen werde im nächsten Jahr auch der Erwerb des Wuppertal-Instituts, so daß auch dort die Arbeit nicht mehr unter baulichen Mängeln zu leiden habe.

Schließlich wolle er noch auf den Erläuterungsband aufmerksam machen, der in der Vorlage 12/1478 vorliege.

Ruth Hieronymi (CDU) erbittet für die weitere Beratung des Einzelplans 02 eine Auflistung der Auswirkungen der Kürzungen bei Kapitel 02 030 - Internationale Zusammenarbeit.

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung

Kapitel 05 730 - Landeszentrale für politische Bildung

Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Dr. Wichert legt dar, die Ministerin für Schule und Weiterbildung habe bei der Erteilung des Auftrags zu dem Evaluationsbericht im Jahre 1996 die Garantie abgegeben, daß die Ansätze, aus denen die politische Bildung im Rahmen der Weiterbildung gefördert werde, auch bei Haushaltsknappheit nicht verändert würden. Dies sei eine der positiven Perspektiven auch bei schwieriger Haushaltssituation.

Ansonsten hätten bei einzelnen Titeln, aus denen keine gesetzliche Förderverpflichtung erwachse, Kürzungen vorgenommen werden müssen. Man könne aber sagen, daß diese Kürzungen die Kernaufgaben der Landeszentrale für politische Bildung nicht gefährdeten, sondern daß ihre Arbeit nach wie vor sichergestellt sei.

Ruth Hieronymi (CDU) stellt dennoch im Kapitel der Landeszentrale gravierende Kürzungen gegenüber dem Haushalt des laufenden Jahres fest und bittet darum, für die weiteren Beratungen die Konsequenzen dieser Kürzungen schriftlich darzustellen.

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr**Kapitel 08 035 - Medien**

LMR Dr. Prodoehl (MWM-TV) trägt vor, beim Titel für das Medienforum sei eine Erhöhung vorgesehen. In den sechs Jahren des Bestehens dieser Veranstaltung sei keine Titelanhebung vorgenommen worden, obwohl sich das Projekt stetig vergrößert habe. Dieser Tatsache trage die Erhöhung des Titels zu einem Teil Rechnung. Im übrigen habe man in diesem Jahr festgestellt, daß man, wenn man einen Auslandsschwerpunkt setze - in diesem Jahr sei ein Japan-Symposium veranstaltet worden -, sehr viel tun könne, um hiesige Unternehmen mit ausländischen Partnern zusammenzubringen und somit Geschäftsaktivitäten zu stimulieren.

Ein neuer Titel mit 300 000 DM werde für Medienveranstaltungen ausgebracht. Man halte es für erforderlich, solche Veranstaltungen durchzuführen, mit denen man gezielt Unternehmen verschiedener Branchen zusammenbringen wolle, weil der Kommunikationsbedarf zwischen den einzelnen Sektoren der Medienbranche dramatisch zunehme und man hier ein Defizit erkenne.

Beim Europäischen Medieninstitut gebe es aus der Sicht des Ministeriums das Erfordernis, den Strukturwandel, den es derzeit vollziehe, zu unterstützen. Das Institut sei im Begriff, sich zu restrukturieren. Es habe in den letzten Jahren ein solides finanzielles Fundament erhalten und sei auf einem guten Weg, aber der Restrukturierungsprozeß sei äußerst schwierig und aufwendig. Er diene dazu, das Institut auf Dauer zu stabilisieren. Diesen Prozeß wolle man unterstützen.

In der Titelgruppe 60 - Aus- und Fortbildung im Medienbereich - habe man sich zu einer erheblichen Ansatzreduktion entschließen müssen, obwohl man sehr viele Projekte sehe, die man gerade in diesem Bereich durchführen könnte. Allerdings habe man der Mittelknappheit Tribut zollen müssen.

Einen leichten Anstieg erführen die Mittel für die Filmstiftung, und zwar dem Anstieg der Mittel entsprechend, die der WDR im Jahre 1998 in die Filmstiftung einbringe.

Ein neuer Titel zur Förderung der film- und fernsehtechnischen Infrastruktur werde ausgebracht. Die Gründe dafür würden eingehend im Erläuterungsband dargestellt. Im Lande bestünden beträchtliche Chancen, die Film- und Fernsehwirtschaft voranzubringen, zugleich aber müßten Defizite festgestellt werden, die man wenigstens zum Teil auszugleichen versuchen wolle.

Ruth Hieronymi (CDU) bittet für die nächste Sitzung um schriftliche Auskunft, welche Veranstaltungen im Rahmen des Titels 541 30 - Aufwendungen für Veranstaltungen und dgl. - geplant seien. Nicht ganz nachvollziehen könne sie die Erläuterung, daß Zukunftsunternehmen, die im globalen Wettbewerb stünden, durch Aktivitäten der Landesregierung zusammengeführt werden müßten.

Beim Titel 683 61 - Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen - sei eine erhebliche Ansatzsteigerung zu konstatieren. Hier bitte sie um die Erläuterung der Haushalts-

abwicklung im laufenden Jahr und um eine Liste über die konkreten Vorhaben im Haushaltsjahr 1998. Der Stand der Haushaltsabwicklung 1997 interessiere sie auch in bezug auf Titel 685 61 - Zuschuß an die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH.

Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

Leitender Ministerialrat Lehmann (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten) referiert, der Geschäftsbereich des Ministeriums umfasse die Vertretung des Landes beim Bund in Bonn, in Berlin und bei den europäischen Institutionen in Brüssel. - Im wesentlichen sei der Haushalt des Ministeriums überrollt worden. Deshalb wolle er nur auf zwei Aspekte eingehen und im übrigen auf den Erläuterungsband in der Vorlage 12/1497 verweisen.

Die sächlichen Verwaltungsausgaben seien leicht angestiegen. Daran trage den größten Anteil die Europainitiative, eine Initiative des Landes, die im letzten Jahr gestartet worden sei und als Forum für europapolitische Veranstaltungen diene. Sie solle Bürgerinnen und Bürgern, Multiplikatoren und Repräsentanten von Verbänden und Einrichtungen die Ziele der Europapolitik des Landes nahebringen, aber auch den Integrationsprozeß in Europa fördern. Die Resonanz, die man bisher damit erreicht habe, sei ermutigend.

Für den Bau einer Landesvertretung in Berlin sei eine Aufstockung von 300 000 DM auf 550 000 DM erfolgt. Nach den Beschlüssen von Bundestag und Bundesrat sei davon auszugehen, daß man spätestens im Jahre 2001 in Berlin aus einer Landesvertretung heraus die Bundesangelegenheiten zu erledigen habe. Die dafür eingesetzten Vorarbeitskosten fielen voraussichtlich im nächsten Jahr an.

Einzelplan 01 - Landtag

Direktor beim Landtag Große-Sender verweist auf den den Ausschußmitgliedern zugegangenen Erläuterungsband und legt dar, die Gesamtausgaben des Einzelplans 01 beliefen sich auf rund 145 Millionen DM. Das entspreche in etwa 0,16 % des gesamten Haushaltsvolumens. Dabei habe man eine Verminderung der Ausgaben gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr um 0,6 % zu verzeichnen. Das sei ein Ergebnis der Sparsamkeit, die sich das Haus selbst auferlegt habe.

Mit dem Haushaltsplanentwurf 1998 hätten die ProKom und das Präsidium erste stellenplanmäßige Konsequenzen aus dem Organisationsgutachten von KPMG gezogen. Dabei handele es sich um eine Vielzahl stellenplanverändernder Einzelmaßnahmen, die im Erläuterungsband detailliert dargestellt würden.

In der Hauptgruppe 5 werde in Titel 549 10 eine einmalige Minderausgabe in Höhe von 2,473 Millionen DM ausgewiesen. Diese Minderausgabe sei im Laufe des Haushaltsjahres zu erwirtschaften. Außerdem gebe es eine globale Minderausgabe zur Erwirtschaftung der Flexibilisierungsdividende in Höhe von 527 000 DM bei Titel 981 00.

Bei der Dotierung der Ansätze für Entschädigung und Übergangsgelder, Mehraufwendungen am Sitz des Landtags und die Altersentschädigung gebe es Erhöhungsreserven, die sich auf die aktuelle statistische Erhebung stützten, die im Diätenbericht des Präsidenten ihren Niederschlag gefunden habe.

Die Fraktionszuschüsse seien um 1,1 % angehoben worden, und zwar entsprechend der bisherigen Praxis im Umfang des Tarifabschlusses 1997.

Bei den übrigen Personalkosten gebe es eine Reserve für denkbare Tarifierhöhungen in Höhe von 2 %.

Ruth Hieronymi (CDU) bittet für die weiteren Beratungen um eine Übersicht, aus der hervorgehe, inwieweit die von der ProKom beschlossenen Maßnahmen im Haushaltsjahr 1998 und den beiden folgenden Haushaltsjahren umgesetzt würden.

gez. Klaus Matthiesen

Vorsitzender

23.09.1997/24.09.1997

210